

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Astrid-S. Busse, Vorsitzende

das neue Schuljahr hat begonnen und es ist an den meisten Schulen gut gestartet. Relativ wenige Schülerinnen und Schüler sind an Corona erkrankt. Der Aufwand für das Testen war und ist hoch, gibt uns aber größtmögliche Sicherheit.

Dass auch in diesem Jahr die Kleinsten wieder mit Maske eingeschult wurden, gehört zu den bedauerlichen Maßnahmen des Schulbeginns. Gerade für die Erstklässler ist es schwierig, nicht erkennen zu können, wie ihre Lehrerin lautiert. Deshalb freue ich mich besonders, dass die Maskenpflicht für die Kinder der Klassenstufen 1-6 seit dem 4. Oktober aufgehoben wurde.

Dadurch kehrt nun immer mehr Normalität in den Schulalltag zurück, wenngleich einige Lehrerinnen und Lehrer damit noch Schwierigkeiten haben. Auch hier müssen wir Schulleitungen motivieren und unterstützen.

Unglaublich ist die Nacht- und Nebelaktion der Schulgesetzänderung zwei Wochen vor der Wahl zu nennen. Die realitätsfernen Änderungen lassen erkennen, dass die Erfahrungen von uns „Praktikern“ hier leider gar keine Rolle spielten. Dank der intensiven Intervention des IBS und anderer Schulleitungsverbände konnten wir das Schlimmste verhindern. Wir bleiben wachsam.

Negativ macht sich auch die Deckelung der Sprach- und Inklusionsstunden auf 70 Prozent bemerkbar. Diese Stunden fehlen den Kindern und die Schulen haben plötzlich mehrere Kollegen im Überhang. So begegnet man in diesen Zeiten dem Personalmangel.

Die wichtigen Lernstandserhebungen und die damit verbundenen Feedbackgespräche bedeuten eine hohen Zeit- und Arbeitsbelastung. Ich hoffe, dass das Programm „Stark trotz Corona“ pünktlich startet. Der Aufwand für die Träger, sich zu bewerben, ist höchst kompliziert. Wir hatten ein einfacheres Verfahren vorgeschlagen.

Wenn Sie die neue B:SL in den Händen halten, werden wir wissen, wer unsere neue Senatorin ist. Ich wünsche mir eine gute Zusammenarbeit.

Bleiben Sie gesund.

Herzlichst Ihre

*Astrid-Sabine Busse
Vorsitzende*

Podiumsdiskussion mit den bildungspolitischen Sprechern der Parteien vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

Personal / Verbeamtung, Corona-Maßnahmen, Digitale Ausstattung von Schulen: Aus Sicht des IBS aktuell die drängendsten Probleme der Bildungspolitik in Berlin. Welchen Standpunkt beziehen dazu die Parteien, die sich bei den bevorstehenden Wahlen um die Plätze im Abgeordnetenhaus bewerben?

Auch im Vorfeld der Wahl 2021 lud der IBS am 24. August 2021 Vertreter der gegenwärtig im Parlament vertretenen Parteien zur Podiumsdiskussion ein. Im Ernst-Abbe-Gymnasium - aus Gründen des Hygieneschutzes in der Turnhalle und im gehörigen Abstand zueinander - versammelten sich die Teilnehmer in Präsenz. Auch per Videokonferenzschaltung war die Teilnahme möglich. Die Vorbereitung der Veranstaltung lag in den Händen des Vorstandsmitglieds Tilmann Kötterheinrich-Wedekind, die Moderation bei der IBS-Vorsitzenden, Astrid-Sabine Busse.

Nach der Begrüßung durch die IBS-Vorsitzende stellten sich die Vertreter der Parteien in kurzen Statements vor.

Dirk Stettner, CDU

Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 2018, seit zwei Jahren bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. „Bildung muss der Schwerpunkt der Politik in Berlin sein.“

Maren Jasper-Winter, FDP

Juristin, Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 2016, Sprecherin der Fraktion für berufliche Bildung „Bildung ist die soziale Gerechtigkeitsfrage in der Gesellschaft.“

Melanie Kühnemann-Grunow, SPD

Studienrätin, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Sprecherin ihrer Fraktion für Jugend und Familie

Susann Worschech (Grüne), Grüne

Soziologin, Lehrtätigkeit an der Viadrina, Wahlbewerberin in Neukölln, Erfahrung in schulischen Gremien im Bezirk

Linke und AFD hatten keine Vertreter entsandt.

Für **Worschech (Grüne)** ist die Verbeamtung altmodisch und passt nicht in eine moderne Gesellschaft. Die „Zweiklassengesellschaft“ im Lehrerzimmer müsse ein Ende haben. Für die Abwanderung junger Lehrkräfte nach Brandenburg sei nicht nur der Beamtenstatus ausschlaggebend. Sie kenne viele Lehrkräfte, die Freude an der Arbeit hätten und begeisterungsfähig seien. Diese Eigenschaften müssten erhalten und gefördert werden. Neben finanziellen Anreizen bräuchten Lehrkräfte mehr Zeit, insbesondere für die Unterrichtsvorbereitung.

Obwohl alle Bundesländer personelle Probleme hätten, so **Kühnemann-Grunow (SPD)**, sei die Rückkehr zur Verbeamtung, zu der sich die SPD mit einem Parteitagsbeschluss entschieden habe, wichtig, da diese von den jungen Lehrkräften gewünscht werde. Lehrer hätten ein gutes Gehalt, das Thema „Geld“ sei nicht entscheidend. Jedoch müsse durch eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung die Attraktivität des Lehrerberufes weiter gesteigert werden. Um die Zahl der Absolventen zu vergrößern, müsse die Ausbildungskapazität der Hochschulen erhöht werden. Die „Brennpunktzulage“ habe für Unmut gesorgt.

Das diskriminierende Etikett „Brennpunktschule“ solle, so **Jasper-Winter (FDP)**, besser durch „Talentschule“ ersetzt werden. Eine Rückkehr zur Verbeamtung sei wegen künftiger Pensionsverpflichtungen zu teuer. Die in andere Bundesländer abgewanderten Lehrkräfte habe niemand gefragt, ob die Attraktivität des Beamtenstatus dafür ausschlaggebend gewesen sei. Sie trat für eine Personalausstattung der Schulen mit 110% ein.

Stettner (CDU) erinnerte daran, dass die CDU schon 2011 für die Verbeamtung von Lehrkräften eingetreten sei, wie es in den anderen Bundesländern die Regel gewesen sei. Im Beamtenstatus drücke sich auch eine Wertschätzung des Lehrberufs aus. In jedem Falle sollten die Mitglieder der Schulleitung Beamte sein. Statt einer Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung sollten Lehrkräfte von nichtpädagogischen Aufgaben befreit werden.





Aus dem Publikum wurde darauf verwiesen, dass der Lehrberuf zu Recht als hoheitliche Aufgabe gesehen werde, die den Beamtenstatus erfordere. Schule sei die maßgebliche Sozialisationsinstanz und verteile Lebenschancen.

Aus dem Chat kam die Frage, ob Eigenverantwortung und Selbstständigkeit von Schulen nicht eine - ungewünschte - Segregation fördere.

Worschech (Grüne) sprach sich gegen restriktive Maßnahmen zur Schulwahl aus. Wenn sich Schulen unterschiedlich entwickelten, sollten „gute“ Schulen andere „mitziehen“. Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation sollte das Ziel sein, und zwar in einem strukturierten Programm.

Kühnemann-Grunow (SPD) trat dafür ein, dass Schulen ein Profil entwickeln, dass sich an ihrem Kiez orientiere. Das bedeute auch, dass Schulen in einen Wettbewerb geschickt würden. Das hindere jedoch nicht daran, mit anderen Schulen zu kooperieren.

Stettner (CDU) äußerte dazu, Schulen seien schon immer unterschiedlich und stünden im Wettbewerb miteinander, das sei kein Negativum.

Ein Beitrag aus dem Publikum äußerte Kritik daran, dass es an Grundschulen keine weiteren Funktionsstellen (wie an Oberschulen) außer der Schulleitung gebe. Auch das sei ein Grund, dass Personal abwandere.

Ein weiterer Beitrag stellte infrage, ob denn jede Oberschule zum Abitur führen müsse. Nicht für jeden sei das Abitur sinnvoll.

Jasper-Winter (FDP) hob den Wert einer beruflichen Ausbildung hervor und trat für die Aufwertung der OSZ ein. Neue Modelle seien denkbar, wie ein „Berufsabitur“. Für die 8. oder 9. Klassen schlug sie Informationen über berufliche Bildung vor, die durch Azubis erfolgen könne.

Zum Thema Corona-Maßnahmen und Digitalisierung erklärte **Kühnemann-Grunow (SPD)** ihre Zustimmung zur Maskenpflicht in Schulen und zum Einsatz von Luftfiltern. Impfangebote für Lehrkräfte seien erfolgreich gewesen und hätten zu einer Impf-

quote von 75% geführt. Die Einschränkungen durch die Pandemie hätten die Probleme bei der Digitalisierung deutlich gemacht.

Jasper-Winter (FDP) kritisierte, das Grundrecht auf Bildung und offene Schulen sei ausgehebelt, die unzureichende digitale Ausstattung offenbar geworden. An Testungen in der Schule und den Einsatz mobiler Impfteams sei nur zögerlich herangegangen worden.

Worschech (Grüne) nahm für die Fraktion der Grünen im Abgeordnetenhaus als großen Erfolg in Anspruch, die Anschaffung von Luftfiltern für jeden Klassenraum durchgesetzt zu haben.

Auch Stettner (CDU) sieht Luftfilter in jedem Klassenraum als selbstverständlich an und die Maskenpflicht noch als notwendig. Die Schulen hätten trotz unzureichender Rahmenbedingungen viel erreicht. Bei den Maßnahmen zum Aufholen von Lernrückständen sollte die Schulverwaltung den Schulen vertrauen; diese würden ihre Schüler am besten kennen.

In einem Abschlusswort kamen die Vertreter der Parteien noch einmal zu Wort.

Worschech (Grüne): Das Lernen müsse wieder in den Schulen stattfinden. Die Lehrerkollegien hätten „unter dem Radar der Verwaltung“ gearbeitet.

Kühnemann-Grunow (SPD): Rückkehr zur Verbeamtung und Reduktion der Unterrichtsverpflichtung seien vorrangige Ziele. Wertschätzung der Lehrkräfte und Vertrauen in die Schulen müssten selbstverständlich sein. Den Schulen sei Budgethoheit zuzubilligen.

Jasper-Winter (FDP): Vorrangig seien der Corona-Schutz und die Digitalisierung der Schulen.

Stettner (CDU): Lehrkräfte müssten wieder verbeamtet werden. Die Schulverwaltung könne und müsse den Schulen vertrauen.

Die IBS-Vorsitzende, Astrid-Sabine Busse, dankt den Vertretern der Parteien für die sachbezogene Diskussion, frei von polemischen Äußerungen.

Autor:
Michael Jurczok

Bedeutung des Neutralitätsgesetzes

Warum der öffentliche Arbeitgeber attraktiver werden muss!

Das Berliner Schulgesetz fordert die Eigenverantwortung der Berliner Schule ein (SchulG §7, Absatz 2). Diese Eigenverantwortung lässt sich auf personelle, administrativ-organisatorische, finanzielle sowie pädagogische Angelegenheiten spezifizieren und impliziert somit die Verantwortungsbereiche der Berliner Schulleitung im Hinblick auf Führung, Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Historisch betrachtet war dies nicht immer so. Kurz nach der Jahrtausendwende wurde die erhöhte Eigenverantwortung an Modellschulen erprobt. Fast 20 Jahre später ist diese ein fester Bestandteil des Selbstverständnisses der Berliner Schule. Diese und weitere Strukturreformen, aber auch der grundlegende Bedeutungszuwachs der Inklusion und letztendlich die aktuellen pandemischen Herausforderungen definierten und definieren den Alltag der Berliner Schulleitung grundlegend neu.

Eine moderne Schulleitung arbeitet daher im Team. Die ständige Vertreterin bzw. der ständige Vertreter, die Konrektorin bzw. der Konrektor übernimmt zunehmend mehr Verantwortung. Im Alltag ist der Konrektor bzw. die Konrektorin in alle Bereiche und Prozesse der Schule eingebunden. Nur durch diese Partizipation kann Schule erfolgreich geleitet werden.

Lehrerinnen und Lehrer, die sich trotz dieser enormen Verantwortungsfelder für die Stelle der stellvertretenden Schulleitung bewerben möchten oder diese Funktion bereits ausüben, müssen in Berlin zahlreiche bürokratische Hürden und finanzielle Einbußen hinnehmen.

Bereits während der Stellenbesetzungsphase wird eine potentielle Bewerberin, ein potentieller Bewerber benachteiligt. Die Funktionsstellen werden in der Regel für einen sehr langen Zeitraum kommissarisch besetzt. Entsprechend vergütet wird eine kommissarisch besetzte Funktionsstelle aber zunächst nicht. Kommt es zu einem Stellenbesetzungsverfahren, so zieht sich dieses dann über mehrere Monate, da Instanzen, wie die Frauenvertretung oder der Personalrat beteiligt werden, jedoch aber nicht an Bearbeitungsfristen gebunden sind. Erschwerend kommt hinzu, dass Bewerberinnen und Bewerber einen offiziellen Laufbahnwechsel beantragen müssen, wenn sie beispielsweise die Lehrbefähigung für das Gymnasium haben, sich aber für die Funktionsstelle der stellvertretenden Schulleitung an einer Grundschule bewerben möchten. Allein der enorme Personalmangel und die Tatsache, dass Leitungsverantwortung und -erfahrung sich nicht an Schulformen binden lassen, rechtfertigt hier eine längst überfällige Reform der Laufbahnverordnung.

Auch der Blick auf den Alltag einer stellvertretenden Schulleitung verdeutlicht die Notwendigkeit einer Gesetzes- und Verwaltungsreform, damit der öffentliche Arbeitgeber für seine Verantwortungsträger attraktiv wird.

Stundenplanbau und Statistik sind seit Langem nicht mehr die einzigen Aufgaben der stellvertretenden Schulleitung. Organisation und Betreuung des Ausbildungsunterrichts insbesondere bei Quer- und Seiteneinsteigern, Einsatzplanung von Pädagogischen Unterrichtshilfen und Schulförderinnen bzw. Schulförderern im Rahmen von Inklusionsmaßnahmen, Gremienleitung, Konzeptarbeit im Sinne des Schulentwicklungsprozesses oder das Pandemiemanagement. All dies sind Aufgaben, für die die stellvertretende Schulleitung Verantwortung trägt, hierfür aber keine angemessene Unterrichtsermäßigung erhält. Die gegenwärtige Bemessungsgrundlage von neun bzw.

zehn Ermäßigungsstunden spiegelt den Arbeitsaufwand nicht ansatzweise wider und muss sich daher an den neuen Arbeitsfeldern und den damit verbundenen Verantwortungsbereichen orientieren.

Wie sehr die Arbeit und die Stellung der stellvertretenden Schulleitung für den Berliner Senat aus dem Blickfeld geraten ist, zeigt sich aber auch bei der außertariflichen „Hauptstadtzulage“, die im Jahr 2020 eingeführt wurde. Diese „Hauptstadtzulage“ wird allen aktiven Beschäftigten des Landes Berlin mit Dienstbezügen bis A 13Z oder Entgelt bis E 13 gezahlt. Dadurch sinkt die Differenz zu A 14 bzw. E 14, in der sich die stellvertretenden Schulleitungen befinden. Der finanzielle Anreiz, diese Funktion auszuüben geht verloren. Kommen „Brennpunktzulagen“ oder „Förderschulzulagen“ hinzu, so wird dieser Effekt noch verstärkt.

Geht der Blick in die Zukunft, so wird die Berliner Schule im Qualitätsvergleich mit anderen Bundesländern nur bestehen können, wenn neben den großen Themen wie Personalgewinnung, Digitalisierung und Chancengleichheit auch die internen Strukturen reformiert werden. Die Funktionsstelle der stellvertretenden Schulleitung muss durch eine Gesetzes- und Verwaltungsreform an die tatsächlichen Arbeitsbedingungen angepasst und finanziell deutlich näher an die Funktionsstelle der Schulleitung gerückt werden.



Autor:

Martin Malaczek

Stellv. Schulleiter an der Christian-Morgenstern-Grundschule, Berlin



Interessenverband
Berliner Schulleitungen e.V.

IMPRESSUM

IBS Interessenverband Berliner Schulleitungen e.V.

IBS Vorsitzende:

Frau Astrid-Sabine Busse
vorstand@ibs-verband.de

Geschäftsführer:

IBS c/o Helmut Kohlmeier
Lily-Braun-Straße 101
12619 Berlin